

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jakob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kubchnappel und Lirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 10.

Verkaufspreis: Nr. 7.

Freitag, den 13. Januar

Telegrammadresse: 1905. Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwoldauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Bekanntmachung.

Die Vorsteher der in Lichtenstein bestehenden Vereine werden hierdurch aufgefordert, bis zum 20. Ipd. Mts.

Verzeichnisse der Vorstands- und Vereinsmitglieder hier einzureichen.

Unterlassene oder verspätete Einreichung der Verzeichnisse wird bestraft. Lichtenstein, den 10. Januar 1905.

Der Stadtrat. Steiner, Bürgermeister.

Schr.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

nh. Berlin, 11. Januar. (Nachdruck verboten.)

Der heutige erste Tag der zweiten Etatsberatung wird kaum als ein günstiges Omen für eine flotte Erledigung des Etats angesehen werden können. Ueber seinen eigenen Etat — infolge des Fehlens der Diäten ist er ja nicht allzu groß — kam der Reichstag zwar schnell hinweg, aber beim zweiten Punkte schon geriet der Fortgang der Beratung stark ins Stocken. Es handelte sich um die Reichs-Justizverwaltung, und daß bei dieser Gelegenheit der Königsberger Hochverratsprozeß eine heroische Rolle spielen würde, darauf mußte man umso mehr gefaßt sein, als die feinerzeitige Erörterung im preussischen Abgeordnetenhaus die Linke durchaus nicht befriedigt hatte. Sonderbarerweise hatten sich hierbei die Sozialdemokraten von den Freisinnigen das Gest aus der Hand nehmen lassen, denn der bekannte bayrische Richter Dr. Müller-Reiningen hatte eine hier zur Verhandlung gestellte Resolution von eingebracht, welche die politischen Folgerungen aus dem Königsberger Prozeß zieht und verlangt, daß erstens die Gegenseitigkeit in der Strafverfolgung nur auf Grund ordnungsmäßiger Staatsverträge und auch nur solchen Staaten gewährt wird, die nach ihrer eigenen inneren Verfassung und ihren Rechtseinrichtungen eine Verbürgung der Gegenseitigkeit gewährleisten können; und zweitens Auslieferungsvverträge künftig nur vom Reiche sollen geschlossen werden dürfen, während die bestehenden Verträge der Einzelstaaten aufzuheben seien. Die Erörterung dieser Resolution, die fast die ganze Sitzung beanspruchte, wurde vorweggenommen, und hier bekam denn auch der Staatssekretär Dr. Nieberding sehr unangenehme Dinge zu hören. Die Abg. Müller-Reiningen und Lenzmann (fr. Vpt.) sowie der Abg. Paase (soz.) der in dem Prozeß als Verteidiger fungiert hatte, zerstückten den Prozeß in allen seinen Einzelheiten und suchten außerdem der Regierung klarzumachen, daß Rußland überhaupt kein Kulturstaat sei und daß mit ihm infolgedessen Gegenseitigkeitsverträge gar nicht abgeschlossen werden dürfen. Was half es, daß Staatssekretär Nieberding gegen diese „öffenliche Herabsetzung eines befreundeten Staates“ protestierte, die Vorgänge in Königsberg abzuschwächen suchte und darauf hinwies, daß der Prozeß noch gar nicht abgeschlossen sei, sondern noch beim Reichsgericht schwebt: er fand in dem Hause keinen Resonanzboden, denn das Gefühl, daß in Königsberg nicht alles so zugegangen ist, wie es hätte sein sollen, ist doch auch in weiten Kreisen der rechten Seite vorherrschend. Abg. Simburg (L.) erhielt sich zwar jeder Äußerung über den Prozeß, erklärte aber die Forderungen der Resolution zum größten Teil für berechtigt; und die Richter Dr. Lucas (nl) und Burlage (Z) traten sogar mit Entschiedenheit für die Resolution ein und fanden auch scharfe Worte gegen die Königsberger Prozeßführung, die kein Ruhmesblatt der deutschen Rechtspflege bilde. Wie scharf die Redner der Linken sprachen, wird dadurch illustriert, daß Abg. Lenzmann den Staatssekretär aufforderte, seinen Platz zu räumen, für den er nicht geeignet sei; und daß Dr. Müller, der selbst Richter ist, äußerte, Staatsanwaltschaft, Gericht und Justizministerium hätten sich öffentlich blamiert, einen Ausdruck, den er allerdings auf den Protest des Präsidenten Grafen Ballestrem in „blosgestellt“ umwandelte.

Nachdem in später Stunde die Beratung über die Resolution geschlossen war, fragte noch Abg. Erzberger (Z.) nach dem Schicksal der vorjährigen Resolutionen, worauf Staatssekretär Nieberding ihm die Gewißheit gab, daß ihnen von der Regierung zumeist nicht Folge geleistet werden würde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Ein Streiflicht auf den Thronfolgestreit in Lippe wirft eine Meldung aus Detmold, wonach der Vizepräsident des lippschen Landtages, der auf Biesterfelders Seite stehende Abgeordnete Hoffmann-Salzuffen, seinen Kommerzienratstitel niedergelegt hat.
* Die Klage des Grafen v. Welsburg gegen den Großherzog von Oldenburg, über die wir schon berichteten, bezweckt neben der Anerkennung des Klägers als Mitglied des großherzoglichen Hauses auch die Durchsetzung nicht unwesentlicher finanzieller Ansprüche die der Graf als Sohn des Herzogs Einar von Oldenburg gegen das großherzogliche Haus zu haben glaubt. Graf v. Welsburg beansprucht eine jährliche Apanage von 18 000 Mark und außerdem für die bisher nicht gezahlten Apanagebeträge die einmalige Zahlung von rund 400 000 Mark. Das Landgericht von Oldenburg wird sich demnächst mit der Klage befassen.
* Der Erzbischof von Bamberg Dr. v. Schorl, wurde mit den Sterbefakramenten versehen.
* Oberst Leutwein wird sich Ende dieser Woche an die Riviera begeben, um dort eine Gwöchige Kur zu gebrauchen. Oberst Leutwein beabsichtigt, nach seiner Wiederherstellung von neuem seine Dienste dem Staate zur Verfügung zu stellen. Wie verlautet, wird er noch vor seiner Abreise nach dem Süden vom Kaiser empfangen werden.
* Der russische Botschafter in Berlin, Graf v. d. Osten-Sacken, dürfte in Wälde hohen Alters wegen zurücktreten. Als sein Nachfolger wird Baron von Budberg genannt.
* An der in Berlin stattfindenden Eisenbahnkonferenz zur Erörterung der Frage der Betriebsmittelgemeinschaft nehmen als Kommissare der sächsischen Regierung teil Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Ritterstädt, Geh. Finanzrat v. Seydewitz, Geh. Baurat Dr. Ulrich, Finanzrat Schreiner.
* In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde dieser Tage in geheimer Sitzung über die Beteiligung der Reichshauptstadt an dem Geschenk der preussischen Städte zur Hochzeit des Deutschen Kronprinzen verhandelt. Der „Vorwärts“ ist infolge Vertrauensbruchs eines sozialdemokratischen Stadtverordneten instand gesetzt, über diese Verhandlungen ziemlich ausführlich zu berichten. Er teilt mit, daß Stadtv. Singer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die Ueberweisung der Vorlage an eine öffentliche Sitzung beantragt habe, weil es „sehr wünschenswert sei, daß die Bürgererschaft, sowie die als Empfänger des beabsichtigten Geschenkes interessierten Personen die verschiedenen Ansichten, die sich innerhalb der städtischen Vertretung über die Magistratsvorlage geltend machen, kennen lernen“. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion abgelehnt. Hierauf führte Singer ungefährt folgendes aus: Die sozialdemokratische Partei beteilige sich infolge ihrer republikanischen Anschauungen grundsätzlich nicht an monarchischen Ovationen. Die Art, in welcher die Mittel für das Geschenk aufgebracht werden sollen, Charakterisiere sich als eine Kopfsteuer, die, aus allgemeinen Mitteln aufgebracht, einen Zwang auch für diejenigen bedeute, die keine Neigung hätten, an solchen Veranstaltungen beteiligt zu sein.

Öffentliche Mittel seien nicht dazu da, um Geschenke an fürstliche Personen zu deren Familienfesten zu bezahlen; die Gelder dafür sollten diejenigen, die das Geschenk für nötig hielten, unter sich aufbringen. Schließlich polemisierte Singer noch gegen den Kronprinzen, weil dieser in einem an die Stadt Döls gerichteten Schreiben mit scharfen Ausdrücken sich gegen die sozialdemokratische Agitation gewandt hatte. — Mit Recht sind diese Äußerungen Singers von der konservativen Presse scharf zurückgewiesen worden.

* 267 954 Beamte hat die preussische Eisenbahnverwaltung, 10 600 mehr als im Jahre 1903.

Italien.

* Eine interessante Nachricht kommt aus Rom. Danach hat der dem Königs- hause angehörende Herzog von Genua in Begleitung seiner Gemahlin und seines ältesten Sohnes den Vatikan befristigt. Es ist dies seit der Einnahme Roms das erste Mal, daß ein Mitglied des Hauses Savoyen das Haus des Papstes betritt.

Frankreich.

* Paris, 12. Jan. Das Ereignis des Tages ist die Wahl des Abgeordneten Doumer zum Präsidenten der französischen Deputiertenkammer. Doumer erhielt 285, der bisherige Kammerpräsident Brisson 240 Stimmen. 86 Deputierte fehlten. Man betrachtet den Sieg Doumers, der früher Generalgouverneur von Indochina war, als eine Schlappe, die die Regierung erlitt und man glaubt, daß die Regierung in der Sitzung am kommenden Freitag, wo eine Debatte über die allgemeine Politik der Regierung angefaßt ist, gestürzt werden könnte.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Wie verlautet, beabsichtigen die Sozialdemokraten, noch in dieser Woche im Reichstage über die Lage im Ruhrgebiet zu interpellieren. Im preussischen Landtage wird wahrscheinlich das Zentrum in derselben Weise vorgehen.

Die einzelnen Zechen beginnen bereits ohne vorherige Verständigung mit der Verbandsleitung und selbst ohne besondere Versammlungsbeschlüsse in den Ausstand zu treten, für nächsten Sonntag stehen Versammlungen in Annen und Witten in Aussicht. Von verschiedenen anderen Zechen drängt man die Verbandsleitung zur Einberufung von Versammlungen. In Dortmund herrscht lebhaftere Erregung. Eine polnische Versammlung in Herne beschloß eine Solidaritätserklärung. Das Gewerkschaftsstartell in Ruhrort versicherte die Streikenden seiner Solidarität, ebenso die Dortmunder Zahlstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes.

In der Belegschaftsversammlung der Zeche Kaiserstuhl wurden die Beschwerden der Streikenden vorgebracht. Es wurde Klage erhoben über geringe Löhne, schlechte Behandlung durch die Beamten, Mangel an Holz u. Das Ausschussmitglied Stadtv. Blume hielt den Streikenden vor, daß sie, ohne die Beschwerden vor den Ausschuss gebracht zu haben, den Streik gewählt haben, obgleich die Organisation des Gegenteilige bestimmt habe. Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Sacke hielt den Leuten vor, daß sie kopflos gehandelt haben, die Mißstände seien groß, doch von den 270 000 Bergleuten, seien nur 40 % organisiert, wo sollten da die Streikgelder herkommen. Diese reichten höchstens eine Woche. Wer den Streik provoziert habe, sei ein Schurke, da ein verlorener Streik die Organisation vernichte. Der Redner beschwor die Belegschaft die Arbeit wieder